

MESletter

Februar 2013

Studentischer Newsletter des Master of European Studies

*Der M E S im
Wintersemester
2012/2013*



Inhalt

Portraitreihe der MES-Dozenten	3
<i>von Lisa Dörr</i>	
MES-Studierende auf Reisen	5
<i>von Mathias Gerspacher</i>	
50 Jahre Élysée Vertrag	8
<i>von Lisa Dörr</i>	
MES-Veranstaltungsreihe im Wintersemester 2012/2013	11
<i>von Amelie Greser</i>	

Sehr geehrte|r Leser|in, liebe MES'ler

Liebe MES'ler, liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Euch zum Semesterabschluss einen weiteren MES-Newsletter des Wintersemesters 2012/2013 zu präsentieren.

Dieser Newsletter gibt sowohl einen Rückblick auf das vergangene Semester wie auch einen Ausblick auf das kommende. Zu lesen gibt es einen Bericht über die Russland-Exkursion von Prof. Beichelt und Dr. Wielgohs, einen Artikel über 50 Jahre Elysée-Vertrag, eine Zusammenfassung der MES-Veranstaltungsreihe sowie ein Portrait von Dr. Nicolas Hubé, der euch ab dem Sommersemester als Lehrbeauftragter im MES begegnen wird.

Wir freuen uns zudem sehr auf die Exkursion des MES-Beirats im Mai nach Zagreb und über das große Interesse an dieser Fahrt. Die Plätze waren innerhalb weniger Tage vergeben und es gibt bereits eine sehr lange Warteliste.

Als studentischer Newsletter kann jeder von Euch mitmachen und einen Beitrag leisten! Wenn Ihr Themenvorschläge, Kritik und Anregungen habt oder selbst einen Artikel zu einem Thema schreiben möchtet, zögert nicht und schickt Eure Ideen einfach an mes_students@europa-uni.de.

Wir hoffen, dass Ihr alle eine erfolgreiche Klausurenphase hattet und eine erholsame vorlesungsfreie Zeit!

Euer MES-Team

Terminhinweise:

03. und 04. April 2013 Brückenkurs

03. April 2013, 18 Uhr MES Einführungsveranstaltung mit anschließendem Empfang im Eins be

08. April 2013 Vorlesungsbeginn

14. bis 18. Mai 2013 MES-Exkursion

Ein besonderer Dank geht an die Autor|Innen und Fotograf|Innen dieser Ausgabe.

Redaktion: Lisa Dörr | Amelie Greser

Layout: Gyula Kocsis | Lisa Dörr

Portraitsreihe der MES-Dozenten

Interview mit Nicolas Hubé

Von Lisa Dörr

Dr. Nicolas Hubé wird im kommenden Sommersemester als Gastprofessor an der Viadrina lehren. Einigen Studierenden ist er bereits aus ihrer Zeit am IEP Straßburg bekannt, wo er ebenfalls einen Lehrauftrag hat. Dr. Hubé arbeitet derzeit als Dozent für Politikwissenschaft an der Université Paris I Panthéon-Sorbonne und leitet dort den Masterstudiengang „Administration du Politique“. Vorab haben wir ihm einige Fragen gestellt...

Sie sind ja eigentlich als Maître des conférences an der Sorbonne in Paris tätig. Warum möchten Sie nun an der Viadrina lehren und forschen?

Zunächst haben die beiden Universitäten Paris 1 Panthéon Sorbonne und die Viadrina eine strategische Partnerschaft abgeschlossen, und ich bin quasi ein „Teil“ dieses Vertrags. Die beiden Universitäten sind von ihrer Struktur her ähnlich. Zweitens (und hauptsächlich), weil ich mich als Lehrer und Forscher für Deutschland interessiere. Ich habe an der FU Berlin in einer Co-Tutelle mit Strasbourg promoviert. Ich

forsche jetzt seit 12 Jahren über Deutschland. Die Viadrina ist also eine gute Möglichkeit meine institutionellen Aufgaben und meine persönlichen Wünsche zu vereinbaren.



Nicolas Hubé © Nicolas Hubé

Was ist für Sie das Besondere an der Viadrina?

Ich finde es spannend an einer Universität zu lehren, wo die Studenten so viele verschiedene Sprachen sprechen können. Es ist mir wichtig diesen Kontakt mit kleinen Gruppen von Studierenden zu haben (es wird ein anderer Alltag als an der Paris 1 werden!). Zudem habe ich bereits Kontakt mit einigen Viadrina-Studierenden: ich unterrichte auch am IEP Straßburg im Doppelmaster.

Welche Forschungsschwerpunkte haben Sie?

Ich habe 4 Schwerpunkte, die sich überschneiden.

- A. Politische Kommunikation - Akteure und Instrumente der politischen Legitimität
- B. Der öffentliche Raum und Meinungsforschung; Medien-Co-Produktion von Informationen, Soziologie des Journalismus
- C. Vergleichende Politikwissenschaft - Frankreich / Deutschland / EU
- D. European Studies - Die europäische Öffentlichkeit, die nationalen politischen Eliten und der europäischen Integration

Zurzeit forsche ich vor allem über die Kommunikationspolitik der EU, über die nationale Spezifität der Bürgereinstellung über Europa, und, last but not least, über die Hintergrundgespräche in der deutschen Politik.

Wie werden Sie diese im MES einbringen?

Die drei Lehrveranstaltungen, die ich geben werde, sind von diesen Themen geprägt. Aber ich erwarte, dass meine eher (französische) soziologische Herangehensweise an diese Themen von den Studenten diskutiert werden wird. Diese Konfrontation ist Teil meiner Erwartungen an die Viadrina.

Waren Sie bereits in Frankfurt (Oder) und wie war Ihr Eindruck?

Bisher nur einen Tag zu einem kurzen Termin. Nicht genug, um mir eine Meinung zu bilden. Außerdem weiß ich nicht, ob der Film „Halbe Treppe“, den ich mal als Doktorand gesehen habe, repräsentativ ist!

MES-Studierende auf Reisen

Studienexkursion nach St. Petersburg und Velikij Novgorod im Dezember 2012 im Rahmen des Seminars „Politik und Öffentlichkeit in Russland“

Von Mathias Gerspacher

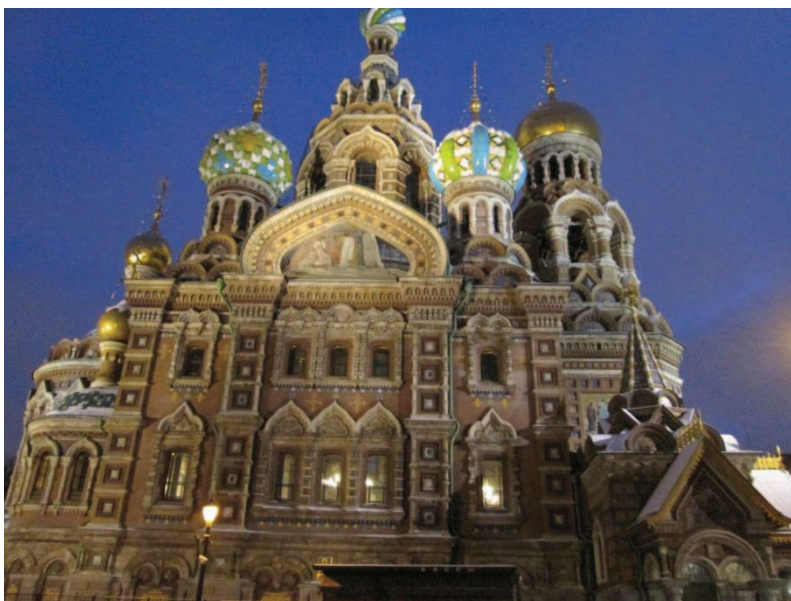
„Demokratie kann in einer Gesellschaft nicht funktionieren, die für Demokratie gar nicht offen ist.“

Diese These von Aleksandr Duka, Leiter des „Unabhängigen Zentrums für Sozialforschung St. Petersburg“, könnte man als eine Art Leitthese begreifen, die im Rahmen der 8-tägigen Exkursion – unter akademischer Leitung von Prof. Dr. Timm Beichelt und Dr. Jan Wielgohs – in zahlreichen Gesprächen untersucht wurde.

Inhaltliche Schwerpunkte waren die Analyse der Rolle politischer, zivilgesellschaftlicher und medialer Akteure in Russland, insbesondere seit den Dumawahlen im Dezember 2011. Im Fokus standen u.a. die im Zusammenhang mit Wahlfälschungsvorwürfen entstandenen Protestbewegungen aus parlamentarischen und außerparlamentarischen Strömungen, sowie die Beleuchtung des Verhältnisses zwischen Politik und Öffentlichkeit in der russischen Gesellschaft.

Ziel der Exkursion war es, das in den intensiven Vorbereitungssitzungen erlangte Wissen während der Exkursion zu vertiefen. Jede/r der 12 Seminarteilnehmer/innen hatte die Chance – zu einer bereits im Vorfeld der Exkursion erarbeiteten Forschungsfrage –, Recherchearbeiten im Rahmen der 15 offiziellen Gesprächstermine nachzugehen. Im Anschluss der überwiegend auf russischer oder englischer Sprache stattfindenden Gesprächstermine bestand ergänzend die Möglichkeit, zusätzliche Interviews mit relevanten Gesprächspartnern zur eigenen Recherche durchzuführen.

Thematische Schwerpunkte in den Gesprächen waren beispielsweise die Rolle von NGOs, Oppositionsparteien und Medien vor dem Hintergrund einer zunehmend restriktiven Gesetzgebung. Einschränkungen durch die jüngst verabschiedeten Gesetze wurden u.a. mit dem Leiter der Friedrich Ebert Stiftung in



Die Auferstehungskirche in St. Petersburg © Anne Courbois

Russland, Dr. Rudolf Traub, und dem Besuch des „Deutsch-Russischen Begegnungszentrum“ in der Petrikirche deutlich. Betroffene dieser Gesetze müssen sich entweder dieser Regel - mit seinen belastenden Konsequenzen - beugen, oder sich auflösen und Nischen suchen, in denen ihre Existenz gesichert werden kann. Als ein Beispiel dafür kann die Reformierung des NGO-Gesetzes betrachtet werden, welches russische Nichtregierungsorganisationen verpflichtet, sich als „ausländischen Agenten“ zu kennzeichnen, wenn sie finanzielle Förderung aus dem Ausland erhalten. Dieser Rückgriff auf bereits in der Sowjetunion geprägte Termini führt sowohl zu einer massiven Einschränkung der Handlungsfähigkeit von Zivilakteuren als auch zu einer Verminderung ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz durch die Stigmatisierung zu „Agenten“.

Weiterer Diskussionsgegenstand war die Bedeutung von sozialen Netzwerken im Rahmen der Protestbewegungen. Facebook, Twitter und insbesondere kontakty.ru haben sich zu organisatorischen Plattformen von oppositionellen Protestbewegungen entwickelt. Diese neuen Möglichkeiten von Meinungsbildung und -

austausch wurden u.a. durch den Jabloko-Aktivist Fedor Rakhmanov betont, der Teil der Protestbewegungen im Anschluss an die letzten Dumawahlen. Auch die Gründerin des „German-Russian Centre for Journalism“, Dr. Anna Litvienko, von der „School of Journalism and Mass Communications“ der Staatlichen Universität St. Petersburg hat die steigende Bedeutung des Internets für die politische Meinungsbildung und -äußerung unterstrichen. In diesem Zusammenhang wurde gemeinsam mit der Chefredakteurin der Nowaja Gaseta St. Petersburg, Diana Katschalowa, sowie mit der Redakteurin Alexandra Gramozhapova, über die neu verabschiedeten Gesetze und deren Restriktionen bezüglich der freien Meinungsäußerung im Internet diskutiert. In diesem Zusammenhang wurde erwähnt, dass die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung da ist, der russische Staat jedoch auf eine Selbstzensur der Redakteure sowie auf sekundäre Restriktionsmittel (wie z.B. finanzielle Barrieren etc.) setzt.

Besonderes Augenmerk galt zudem einem Vergleich der realen Bedingungen für zivilgesellschaftliche und journalistische Aktivitäten

zwischen Zentrum und Peripherie, der in der Russische Föderation einen eminenten Unterschied macht. Exemplarisch wurde dies der Exkursionsgruppe beim Treffen mit Vertretern des Journalistenverbands in Velikij Novgorod dargestellt. Im Gegensatz zur relativ liberal wirkenden Redaktionslinie der Nowaja Gaseta in St. Petersburg vermittelten die Journalisten der Provinz einen von Selbstzensur und mangelndem Interesse für politische Themen auf Nationalebene geprägten Berichterstattungsstil.

Insgesamt hat die Exkursion eine Reihe von Ergebnissen gebracht. Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist das politische System der Russischen Föderation idealtypisch zwischen einem kompetitiven und hegemonialen Autoritarismus zu verorten. Allerdings sprechen mehr Indikatoren für den kompetitiven Charakter des Systems. Mit den Worten von Aleksandr Duka lässt sich auch dieses Phänomen, das den Tenor der Exkursionsergebnisses wiedergibt, gut beschreiben: „Es kann sich kein besseres Regime herausbilden, als die Gesellschaft es zulässt“. Dieser Erkenntnisgewinn war Teil des Lernprozesses einer überaus eindrucksvollen und

lehrreichen Studienfahrt und eine Herausforderung, die gerade in den Gesprächen eine hohe diplomatische Fähigkeit von den Exkursionsteilnehmern erforderte.

Zu einem nicht unwesentlichen Teil, haben die gesammelten Eindrücke auf den Spaziergängen zwischen den einzelnen Gesprächsterminen durch das winterlich wunderschöne und verschneite, aber gleichzeitig raue und kalte St. Petersburg beigetragen. Als Metapher für den Gesamteindruck der Exkursion lässt sich dieses Bild, das irgendwo zwischen russischer Wintermärchenlandschaft und anstrengender Großstadttristesse liegt, als

weder schwarz noch weiß sondern eher grau beschreiben.

Herzlichen Dank für die freundliche Unterstützung der Friedrich Ebert Stiftung und der kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina. Ohne die Initiatoren Prof. Timm Beichelt und Dr.

Jan Wielgohs sowie der organisatorischen Leistung von Lisa Richter und ihren Kontakten, hätten die Exkursionsteilnehmer diesen Gewinn an Eindrücken und Wissen nicht gehabt. Vielen Dank im Namen aller Exkursionsteilnehmer!



Exkursionsteilnehmer im Gespräch mit dem Leiter der FES Russland ©Timm Beichelt

50 Jahre Élysée-Vertrag

Die goldene Hochzeit zwischen Deutschland und Frankreich

Von Lisa Dörr

„Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ist wahrscheinlich das dramatischste Beispiel der Geschichte dafür, wie Krieg und Konflikt äußerst schnell in Frieden und Zusammenarbeit verwandelt werden können.“

(Thorbjörn Jagland, Vorsitzender des Nobelkomitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union)

Vor 50 Jahren, am 22. Januar 1963, unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Frankreichs Präsident Charles de Gaulle mit dem Élysée-Vertrag den Grundstein für die deutsch-französische Zusammenarbeit in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten. Am 22. Januar 2013 wurde dieses Jubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen deutschlandweit und besonders in Berlin gefeiert.

Der zunächst heftig umstrittene Vertrag verpflichtet die beiden Länder zu regelmäßigen Konsultationen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik. Die Regierungen Deutschlands und

Frankreichs sollten sich fortan regelmäßig treffen, um die „Erbfeindschaft“ ein für alle Mal zu beenden. Winston Churchill gar hielt die Aussöhnung der Nachbarstaaten für unerlässlich für die Zukunft der europäischen Integration. Gerade aber die Großbritannien-Frage führte zu Verstimmungen beim Vertragsabschluss. Um Deutschlands Zukunft in der NATO und die enge Bindung zu den USA nicht zu gefährden, bestand Adenauer darauf, in der Präambel den Willen zur Aufnahme Großbritanniens in die EWG festzuhalten. De Gaulle hingegen, der diese Aufnahme strikt ablehnte, wollte mit dem Élysée-Vertrag die Rolle Frankreichs in der Welt und vor allem in Europa ausbauen.



Das offizielle Logo zum Jubiläumsjahr

Allen Widrigkeiten zum Trotz konnte der Vertrag am 2. Juli 1963 in Kraft treten. Das berühmteste Kind dieses Abkommens ist wohl das Deutsch-Französische Jugendwerk. Über acht Millionen Deutsche und Franzosen haben seither an dessen Austauschprogrammen teilgenommen. Auch die Gründung der zahlreichen Städte- und Gemeindeparterschaften basiert auf dem Élysée-Vertrag. Seit 2006 gibt es zudem ein deutsch-französisches Geschichtsbuch, das in einigen Schulen zum Einsatz kommt und den Fokus auf die gemeinsame, nicht immer harmonische Geschichte legt.

Heute, 50 Jahre später, hat sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich grundlegend gewandelt. Bei einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik konstatierten die Podiumsgäste, dass ein Zustand der Normalität erreicht sei. Der französische Botschafter mahnte an, dass damit die Gefahr der Gleichgültigkeit bestehe; Man dürfe die deutsch-französische

Freundschaft nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen.

Eine große Studie von ARD, Deutschlandradio, ARTE und Radio France hat verschiedenste Aspekte der bilateralen Beziehungen in einer groß angelegten Umfrage beleuchtet. Am Auffälligsten ist wohl, wie sehr das Wort „Krieg“ an Bedeutung verloren hat. 46 beziehungsweise 45 % der Befragten denken weder an Frieden noch an Krieg, wenn es um den jeweils anderen geht. Zudem geben 62,53 % der Deutschen an, Frankreich sehr zu mögen. Auch 56,60 % der Franzosen können das von ihrem Nachbarland behaupten. Die Unterschiede zeigen sich bei den zugeschriebenen Charaktereigenschaften. Die Franzosen werden am häufigsten als „genießbar“ beschrieben, den Deutschen wird nachgesagt „rigoureux“ zu sein. Der französische Botschafter sieht aber in dieser Unterschiedlichkeit Deutschlands und Frankreichs auch große Chancen. Die Komplementarität dieser beiden Länder sei gewinnbringend.

Insgesamt lassen sich die vergangenen 50 Jahre als Erfolgsgeschichte verbuchen. Unvergessen sind beispielsweise auch die Bilder von François Mitterrand und Helmut Kohl auf dem Schlachtfeld von Verdun oder

auch die Wortschöpfung „Merkozy“, die Eingang in den täglichen Sprachgebrauch gefunden hat. Am 22. Januar kamen in Berlin die Parlamente und Länderkammern der beiden Staaten zu gemeinsamen Sitzungen zusammen. Über 1000 Abgeordnete und andere Politiker feierten gemeinsam 2 Tage lang das Jubiläum. Zum finalen Festakt in der Philharmonie waren auch einige Studenten und Absolventen des deutsch-französischen Doppelmasters mit dem Institut d'Etudes Politiques in Straßburg geladen. Bundespräsident Joachim Gauck betonte in seiner Rede die Rolle der Jugend, die den Kriegszustand der beiden Länder nur noch aus Erzählungen ihrer Großeltern und

Urgroßeltern kennt. Über die Möglichkeiten, welche sich heute bieten, insbesondere, wenn man die Sprache des anderen spricht, sagte er: „Dass Sie dieses Geschenk nicht nur annehmen, sondern hüten, pflegen und in ihrem Sinne selbst gestalten mögen – das ist nicht nur mein Appell, sondern mein tiefer Wunsch.“ Zum Abschluss des Festakts bekräftigte er den Wunsch der Deutschen, Europa und die tiefe und feste Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich bewahren und festigen zu wollen.

Gerade in Krisenzeiten wie der jetzigen spielt der deutsch-französische Motor eine wichtige Rolle, die leider viel zu häu-



Arnaud Lechevalier bei arte

©Arnaud Lechevalier

fig unterschätzt wird. Auch wenn sich Angela Merkel und François Hollande seit dem 22. Januar 2013 duzen wird ihnen nachgesagt, kein gutes Verhältnis zu haben. Die Beziehungen sollten aber nicht nur auf politischer Ebene, sondern insbesondere auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene gepflegt und vertieft werden. Auch die Erweiterung der EU nach Osteuropa darf nicht vergessen werden. Das Weimarer Dreieck, Deutschland, Frankreich und Polen, hat in einer EU der 27

Mitgliedsstaaten eine große Bedeutung. Der MES trägt dem mit seinen beliebten deutsch-polnischen und deutsch-französischen Doppelmasterprogrammen Rechnung und auch die internationalen Dozenten tragen zum Brückenschlag nach Polen und Frankreich bei.

Anlässlich der Übertragung der Zeremonie zum 50. Jubiläum kommentierte Arnaud Lechevalier, Professor an der Sorbonne und Gastprofessor im MES, am 22. Januar für arte die deutsch-französischen Beziehungen und

gab Einschätzungen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Er berichtete zudem über seine Erfahrungen als Dozent an einer deutschen Hochschule und das gemeinsame Lehren und Lernen mit den Studierenden der Viadrina.

Auch wenn der Blick jetzt immer häufiger nach Osten geht: die deutsch-französische Freundschaft ist ein Garant für Frieden und Stabilität in Europa und für die heutige junge Generation noch immer von großem Interesse.

MES-Veranstaltungsreihe im Wintersemester 2012/2013

Europapolitik live

Von Amelie Greser

Wie bereits in früheren Semestern gab es auch in diesem Wintersemester wieder eine öffentliche MES-Vortragsreihe, in deren Rahmen Professor Günter Verheugen, seit 2010 Honorarprofessor an der Viadrina, mit Experten aktuelle Fragen der europäischen Integration diskutierte. Themen waren dieses Semester unter anderem der baldige Beitritt Kroatiens zur EU, die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen sowie das immer noch alles beherrschende Thema, die Eurokrise und damit einhergehend die Vertrauenskrise in die EU allgemein.

Die Veranstaltungsreihe begann am 5. November 2012 mit einer Podiumsdiskussion zum Thema "EU, Westlicher Balkan und der EU-Beitritt Kroatiens". Hierzu begrüßte Professor Timm Beichelt, der die Veranstaltung moderierte, neben Günter Verheugen den Osteuropaexperten Professor Herwig Roggemann von der Freien Universität Berlin. Seit 2005 steht die EU in Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, die im Juli 2013 zum Abschluss kommen und zur Aufnahme des südosteuropäischen Landes als 28. Mitglied in die Europäische Union führen werden. Die Kritik, Kroatien sei nicht beitriffs- und die EU

derzeit nicht erweiterungsfähig, die unter anderem von Bundestagspräsident Norbert Lammert geäußert wurde, wiesen beide Diskutanten entschieden zurück. Beide drängten auf die geplante Aufnahme des ersten Staates des Westlichen Balkans in die EU. Kroatien sei in seinen Anstrengungen, den EU-Beitriftskriterien zu entsprechen, sehr erfolgreich gewesen und um einiges besser auf den Beitritt vorbereitet als manche Kandidaten der vergangenen Beitrittsrunden in den Jahren 2004 und 2007, so Verheugen. „Deutschland hat eine historische Verpflichtung gegenüber Kroatien - basierend auf den gemeinsamen Erfahrungen im zweiten Weltkrieg -, die es einzuhalten gilt“, sagte Roggemann. Für die übrigen Staaten des Westlichen Balkans sahen die Vortragenden allerdings keine baldige Beitrittsperspektive.

Die zweite Diskussionsrunde stand am 26. November ganz im Zeichen der US-Präsidentenwahlen und der Frage nach der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen.



v.l.n.r. Prof. Roggemann, Prof. Beichelt, Prof. Verheugen ©Heide Fest

Moderiert von Dr. Anja Hennig diskutierte Herr Verheugen mit Professor Lora Anne Viola vom John-F.-Kennedy Institut der Freien Universität Berlin über die EU und die transatlantischen Beziehungen nach der US-Wahl.

Beide waren sich darin einig, dass die transatlantischen Beziehungen während des Präsidentschaftswahlkampfes keinerlei Rolle spielten.

Jedoch, so Viola, bleibe Europa nach wie vor einer der wichtigsten Partner der USA, vor allem in der Handelspolitik, aber auch in der Sicherheitspolitik. Hier bedürfe es allerdings einiger Veränderungen: Die EU müsse zukünftig mit einer Stimme sprechen und ihre „Soft Power“-Fähigkeiten weiter ausbauen. Zudem gäbe es einen so genannten Capability Gap, der für die USA zu immer größerem Unbehagen führe: Der Rückgang an Militärinvestitionen der EU-Mitgliedsstaaten führe dazu, dass Europa nicht selbständig militärische Einsätze koordinieren und durchführen könne und daher permanent auf Unterstützung durch die USA angewiesen sei, wie das Beispiel Libyen zeige.

Die Außen- und Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten konzentriere sich zunehmend auf den pazifischen Raum, sagte Verheugen. Die Obama-

Administration plane daher, Teile ihrer militärischen Verantwortung auf Europa zu übertragen, besonders für die Länder der europäischen Nachbarschaft und des Nahen Ostens. Die EU müsse sich daher noch viel stärker darauf konzentrieren, die Türkei und die Ukraine, beides geostrategisch äußerst wichtige Länder, näher an sich zu binden. „Wir dürfen das nicht vernachlässigen!“, so Verheugen.



v.l.n.r. Barnickel, Hüttemann, Prof. Verheugen

©Heide Fest

Zu Beginn des neuen Jahres fand am 14. Januar die dritte Veranstaltung in der Reihe statt. Dieses Mal diskutierten Timm Beichelt, Günter Verheugen und Bernd Hüttemann, Generalsekretär des EBD (Europäische Bewegung Deutschland) moderiert von Christiane Barnickel (MES) über die Möglichkeiten der EU die Verträge zu ändern und weiterzuentwickeln. Hüttemann bilanzierte die Vertrags-

veränderung im Lissabonvertrag und stellte fest, dass die in Art. 11 EUV vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung der Bürgerbeteiligung noch nicht griffen. Zudem habe die Finanzkrise auch eine neuerliche Vertrauenskrise in den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten zur Folge. Daher forderte Hüttemann für den Fall einer Vertragsänderung durch einen europäischen Konvent die ausdrückliche

Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure neben nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament. Professor Beichelt beschrieb vor dem Hintergrund der erschreckenden Bilanz des Lissabonvertrags die Spaltung der EU in zwei Lager: Das Lager derer, die eine tiefere Integration fordern und auf der anderen Seite die Mitgliedsstaaten, die eher skeptisch auf die EU reagieren, wie aktuell

z.B. Großbritannien. Um diese Aussage zu stützen, erklärte Beichelt das „Trilemma der EU-Integration“: Die Hauptschwerpunkte, auf die sich die EU in den vergangenen Jahren konzentrieren wollte, nämlich die geografische Ausdehnung der EU, die weitere Vertiefung der Integration und die Bewahrung der Demokratie, seien nicht zeitgleich und harmonisch zu verwirklichen. Dies habe eine Integration der zwei Geschwindigkeiten zur Folge, bei der einige Länder den Integrationsprozess weiter vorantrieben und andere Maßnahmen umsetzten als die übrigen, so Beichelt.

Günter Verheugen knüpfte an die Aussagen seiner Vorredner mit einigen etwas provokativen Thesen an: Es bedürfe eines qualitativen Integrations-sprungs, um die Krise zu überwinden, die nun nicht mehr nur eine Staatsschuldenkrise, sondern eine institutionelle Krise der EU geworden sei. Er kritisierte das viel zitierte Schlagwort „Mehr Europa“ und prangerte die Führungsprobleme der Staats- und Regierungschefs der

Mitgliedstaaten an. Zudem teile er die Kritik der Briten an der Überregulierung vieler Bereiche der EU, der unklaren Verteilung der Kompetenzen in Brüssel und an der Mittelverteilung. „Es bedarf vor allem der besseren Erklärung der EU in der Öffentlichkeit. Hier sind die Staats- und Regierungschefs gefragt.“, schloss Verheugen.

Die letzte Diskussionsveranstaltung dieser Reihe war ganz der Eurokrise gewidmet. Moderiert von Günter Verheugen diskutierten am 4. Februar Dr. Thieß Petersen (Bertelsmann-Stiftung), Dr. habil. Arnaud Lechevalier und Prof. Jens Lowitzsch über die Ursachen der Krise und mögliche Lösungsansätze. Weitgehend einig waren sich die Diskussionsteilnehmer über die Hauptursachen der Krise: Die Eurozone sei kein optimaler Währungsraum, es fehle an Solidaritäts- und Koordinationsmechanismen, die Defizitregeln seien zu unflexibel und ohne den nötigen Durchsetzungsdruck formuliert worden, und die nötigen Angleichungen in

Lohn- und Arbeitsmarktpolitik hätten in den südlichen Euro-Ländern nicht oder nur unzureichend stattgefunden. Es bedürfe daher einiger Korrekturen. Mögliche Lösungsansätze könnten sein: die Reduzierung der Zinsen auf südeuropäische Staatsanleihen, die Reformierung der Arbeitsmärkte, eine (auch vertraglich festgelegte) Transferunion, die Eingrenzung des Finanzkapitalismus und eine zielgenauere Ausgabenpolitik der Mitgliedstaaten der EU-Mittel. Petersen warnte zudem vor einer Überliquiditätsblase, während Lechevalier die ordoliberalen Ordnung als gescheitert ansah und eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte forderte. Es bedürfe zudem Regeln für die Insolvenz von Staaten, deren Umsetzung und Einhaltung allerdings gewährleistet sein müsse, so Jens Lowitzsch. Vor allem aber müsse ein „soziales Europa“ als Konsequenz aus der Krise entstehen. Denn nur durch eine Vertiefung im Bereich Sozial- und Arbeitsmarktpolitik könne die Wirtschafts- und Währungsunion bestehen.